

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als gesamtdeutschen Strukturförderungsrahmen erhalten und fortentwickeln**

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) war und ist ein modernes, leistungsfähiges und bewährtes Instrument der regionalen Strukturförderung. Durch die Gemeinschaftsaufgabe konnten und können regionale Entwicklungsunterschiede ausgeglichen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise geschaffen werden. Die Gemeinschaftsaufgabe stellt einen wichtigen Ordnungs- und Koordinationsrahmen dar, der diskretionäre Fördermaßnahmen und Subventionswettläufe in der Bundesrepublik wirksam verhindert und gleichzeitig die Länderinteressen gegenüber der Europäischen Union in Fragen des Wettbewerbs- und Beihilferechts bündelt.

Die Gemeinschaftsaufgabe hat sich in den letzten Jahren zu einer zeitgemäßen Form der Regionalförderung entwickelt, die den Ländern weitgehende Eigenständigkeit sowie Flexibilität einräumt und deren regionalpolitischen Konsens mit dem Bund sichert. Sie gewährleistet zudem die Gleichbehandlung von strukturschwachen Regionen in ganz Deutschland und sichert die Mittelverteilung nach einer objektiven Bewertung der Strukturschwäche. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen setzt die Gemeinschaftsaufgabe erhebliche Investitionsanreize und hat die Schaffung und die Sicherung zahlreicher Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft unterstützt.

Das finanzielle Engagement des Bundes konnte für 2004 für das Land Bremen gesichert werden. Zur Strukturförderung des Landes Bremen ist es nun wichtig, auch für das Jahr 2005 und die kommenden Jahre Mittel aus der GA zu sichern.

Langfristig ist zu überlegen, inwieweit die Gemeinschaftsaufgabe zu einem gesamtdeutschen Strukturförderungsrahmen weiterentwickelt wird, da die Mittelverteilung durch den Bund perspektivisch nur aus einer gesamtdeutschen Beurteilung von Strukturschwäche erfolgen kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat daher auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als regelgebundenes System und Koordinationsrahmen einer gemeinsamen Regionalförderung von Bund und Ländern grundsätzlich erhalten bleibt,
2. sich dafür einzusetzen, dass die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Förderung durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in den alten und neuen Ländern gewährleistet bleibt.

Sibylle Winther, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Max Liess, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD